

Antrag

der Abgeordneten Sibylle Laurischk, Rainer Funke, Dr. Werner Hoyer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Angelika Brunkhorst, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion der FDP

Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée Vertrags – Regionale und interregionale Zusammenarbeit – Schaffung von Eurodistrikten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In der Gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags haben Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Staatspräsident Jacques Chirac erneut die deutsch-französische Freundschaft im Dienste einer gemeinsamen Verantwortung für Europa bekräftigt. Mit dieser Erklärung soll nach 40 Jahren Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich eine „neue Etappe der Zusammenarbeit“ eingeleitet werden.
2. In Nummer 24 der Gemeinsamen Erklärung ist die regionale und interregionale Zusammenarbeit fest geschrieben. Darin heißt es: „Ebenso wünschen wir eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften, um das Entstehen neuer Verbindungen, insbesondere zwischen Bundesländern und französischen Regionen, ebenso wie die Fortentwicklung einer interregionalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden zu begünstigen. Wir unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg-Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen, und rufen zur Schaffung weiterer Eurodistrikte auf.“
3. Getragen von dem festen Willen der Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg-Kehl gilt es nunmehr, gemeinsam alle erforderlichen Voraussetzungen zwischen Bund und Land zu schaffen, um den Eurodistrikt zu gestalten. Dazu sind das Staatsministerium in Baden-Württemberg und das Regierungspräsidium Freiburg von Anfang an in die inhaltliche Arbeit einzubeziehen und vorhandene gemeinsame Strukturen am Oberrhein zu nutzen.
4. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Raum Straßburg und Kehl ist zu einem weit reichenden Pilotprojekt auszubauen. Dabei sollte sich die räumliche Ausdehnung des Eurodistrikts an der Gemeinsamen Erklärung

der Oberbürgermeister der Städte Straßburg, Kehl, Offenburg, Achern, Lahr, Oberkirch und des Präsidenten der Stadtgemeinschaft Straßburg (CUS) sowie des Landrats des Ortenaukreises vom 24. Mai 2003 orientieren, die eine Einbeziehung des Ortenaukreises und der Stadtgemeinschaft Straßburg in den Eurodistrikt vorschlägt.

5. Das Karlsruher Übereinkommen ist dahin gehend zu überprüfen, ob die darin festgeschriebenen gesetzlichen Grundlagen ausreichen oder ob das Karlsruher Übereinkommen ergänzt werden muss.
6. Die Erklärung der deutschen und französischen Regierung zur Schaffung weiterer Eurodistrikte ist Anlass für die Bundesregierung zu prüfen, welche Regionen dafür in Frage kommen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. bis Ende 2003 den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, der den Eurodistrikt Straßburg-Kehl umfassend definiert und gestaltet;
2. umgehend eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe in Deutschland einzusetzen, die entsprechende Vorschläge zur Ausgestaltung des Eurodistrikts unterbreitet;
3. bis September 2003 ein Konzept vorzulegen, welche Mitglieder der Bund-Länder-Arbeitsgruppe aus Deutschland angehören sollen, und die französische Seite zu bitten, ebenfalls paritätisch Mitglieder zu benennen;
4. bei der Gestaltung des Eurodistrikts (und bei der Schaffung weiterer Eurodistrikte) nachfolgende Aufgaben und Schwerpunkte einzuarbeiten:

Wirtschaft

- deutsch-französische Kooperation von Unternehmen, insbesondere aus dem Mittelstand,
- Verstärkung der projektbezogenen Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Partnern,
- Vereinfachung grenzüberschreitender Rechtsvorschriften für den Mittelstand und das Handwerk,
- grenzüberschreitende Lösungen von Verwaltungsaufgaben des Stadtverbands Straßburg sowie der betreffenden Kommunen im Landkreis Ortenau,
- Gestaltung einheitlicher Regelungen zwischen dem Stadtverband Straßburg und den Kommunen im Ortenaukreis für den öffentlichen Nahverkehr, Raumordnung, Bürgerinformation u. a.,

Verkehr

- die Verknüpfung der beiden Hochgeschwindigkeitsnetze zwischen Beaudrecourt und Straßburg sowie Kehl und Appenweier entsprechend dem Vertrag von La Rochelle vom 22. Mai 1992 und Aufnahme der Ausbaustrecke in den Bundesverkehrswegeplan im Vordringlichen Bedarf bei Planung einer leistungsfähigen Eisenbahnbrücke über den Rhein,
- grenzüberschreitende Nutzung vorhandener Flugplatzkapazitäten,
- Ausbau eines leistungsfähigen grenzüberschreitenden ÖPNV,

Innen- und Rechtspolitik

- Ausbau des deutsch-französischen Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit mit dem Ziel einer Europäischen Grenzpolizei,

- Entschlossenes Entgegenwirken der grenzüberschreitenden Kriminalität und Organisierten Kriminalität,
- Schaffung von Voraussetzungen für eine Annäherung des Zivilrechts, insbesondere des Familienrechts,
- Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation auf dem Gebiet des Umwelt- und Katastrophenschutzes,

Bildung, Kultur und Soziales

- Schaffung eines deutsch/französischen Sprachraums mit deutsch und französisch als Arbeitssprache,
 - Schaffung von Europaschulen bei Anerkennung der Schulabschlüsse und der Hochschulabschlüsse im Eurodistrikt,
 - Einrichtung von zweisprachigen Kindergärten,
 - Verstärkung des Jugendaustausches,
 - Schaffung von Voraussetzungen für einen gemeinsamen Rundfunk- und Fernsehsender und Kooperation der regionalen Presse,
 - Austausch von Ärzten, Schwestern, Pflegepersonal im Krankenhausbereich,
 - Durchführung von grenzüberschreitenden Sportveranstaltungen;
5. jährlich zum 30. September dem Deutschen Bundestag einen Bericht über den Entwicklungsstand des Eurodistrikts Straßburg-Kehl und der Schaffung weiterer Eurodistrikte vorzulegen.

Berlin, den 2. Juni 2003

Sibylle Laurischk
Rainer Funke
Dr. Werner Hoyer
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Angelika Brunkhorst
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger

Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion der FDP

